

Handbuch des Polizeirechts

Lisken / Denninger

7. Auflage 2021
ISBN 978-3-406-74370-2
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de)

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen. [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Lisken/Denninger
Handbuch des Polizeirechts


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Handbuch des Polizeirechts

Gefahrenabwehr – Strafverfolgung – Rechtsschutz

Herausgegeben von

Prof. Dr. Matthias Bäcker, LL. M.

Universitätsprofessor an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Prof. Dr. Dr. h. c. Erhard Denninger

em. Universitätsprofessor an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main

Prof. Dr. Kurt Graulich

Richter am Bundesverwaltungsgericht a. D.;
Honorarprofessor an der Humboldt-Universität zu Berlin

beck-shop.de
7., vollständig überarbeitete Auflage
des von Prof. Dr. Hans Liskén † mitbegründeten Werks
DIE FACHBUCHHANDLUNG
2021



Zitiervorschlag
Lisken/Denninger PolR-HdB/Bearbeiter


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 74370 2

© 2021 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Satz, Druck und Bindung: Druckerei C. H. Beck Nördlingen
(Adresse wie Verlag)
Umschlaggestaltung: Druckerei C. H. Beck Nördlingen



chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Bearbeiterverzeichnis

Prof. Dr. Hartmut Aden	Professor an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin
Prof. Dr. Clemens Arzt	Professor an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin
Prof. Dr. Matthias Bäcker, LL. M.	Professor an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz
Nils Bergemann	Regierungsdirektor beim Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, Bonn
Elisabeth Buchberger	Richterin am Bundesverwaltungsgericht a. D.
Prof. Dr. Dr. h. c. Erhard Denninger	em. Professor an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main
Prof. Dr. Helmut Frister	Professor an der Heinrich Heine-Universität Düsseldorf
Dr. Stephanie Gamp	Richterin am Bundesverwaltungsgericht
Dr. Rainald Gerster	Präsident des Verwaltungsgerichts Frankfurt am Main
Jun.-Prof. Dr. Sebastian Golla ..	Juniorprofessur an der Ruhr-Universität Bochum
Prof. Dr. Kurt Graulich	Richter am Bundesverwaltungsgericht a. D.; Honorarprofessor an der Humboldt-Universität zu Berlin
PD Dr. Andrea Kießling	Akademische Rätin a. Z. an der Ruhr-Universität Bochum
Michael Kniesel	Rechtsanwalt; Staatsrat a. D., Bonn
Prof. Dr. Carsten Kremer, M. A., M. Jur. (Oxford)	Professor an der Universität Rostock
Prof. Dr. Hans Liskens †	Polizeipräsident a. D., Düsseldorf; Rechtsanwalt; Honorarprofessor an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf
Dr. Reinhard Marx	Rechtsanwalt, Frankfurt a. M.
Dr. Michael W. Müller, M. A., LL. M. (Cambridge)	Wissenschaftlicher Mitarbeiter Ludwig-Maximilians-Universität München
Prof. Dr. Ralf Poscher	Direktor am Max-Planck-Institut zur Erforschung von Kriminalität, Sicherheit und Recht Freiburg; Honorarprofessor an der Albert Ludwigs-Universität Freiburg
Dr. Frederik Racher	Richter am Hessischen Verwaltungsgerichtshof; Justiziar, Referent für Innen- und Rechtspolitik, Hessischer Landtag, Wiesbaden
Prof. Dr. Fredrik Roggan	Professor an der Hochschule der Polizei des Landes Brandenburg
Dr. Thomas Schwabenbauer	Richter am Verwaltungsgericht München
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Michael Stolleis †	em. Professor an der Johann Wolfgang-Goethe-Universität, Frankfurt a. M.; Direktor am Max-Planck-Institut für europäische Rechtsgeschichte, Frankfurt a. M.
Prof. Dr. Friederike Wapler	Professorin an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz
Dr. Dieter Weingärtner	Ministerialdirektor a. D., Berlin

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort zur siebten Auflage

Nur drei Jahre nach der Voraufgabe erscheint das Handbuch erneut. Der Herausgeberkreis ist seitdem konstant geblieben, während die beteiligten Autorinnen und Autoren zum Teil gewechselt haben. In diesem Zeitraum haben Gesetzgebung und Rechtsprechung zum Polizei- und Sicherheitsrecht sich erkennbar entwickelt. Insbesondere die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts hat gravierend an den Rechtsgrundlagen und der institutionellen Beschaffenheit der Nachrichtendienste des Bundes gewirkt, aber auch an vielen Befugnisbereichen der übrigen Sicherheitsbehörden. Dies hat zahlreiche Novellierungen ausgelöst.

Die siebte Auflage trägt diesen Entwicklungen abermals mit umfangreichen textlichen Änderungen Rechnung. Strukturell haben sich die in der vorigen Auflage eingeleiteten Straffungen bewährt. Der Normenbestand des Polizeirechts hat abermals an Umfang zugenommen; ungeachtet mancher Überschneidungen und Konvergenzen mit anderen Regimen bleibt es der Kern des Rechts der öffentlichen Sicherheit.

Die „Geschichte der Polizei in Deutschland“ ist lange Zeit maßgeblich von Michael Stolleis geschrieben worden; in diesem Buch und an vielen anderen Stellen. Nun ist er unerwartet gestorben. Hier wird noch lange an ihn gedacht werden. Thematisch wird sein Anteil von Carsten Kremer übernommen.

Das Buch hätte nicht gelingen können ohne die tatkräftige Unterstützung bei der redaktionellen Bearbeitung der Beiträge durch Antonia Huwer, Alexander Kropp, Luisa Matthé, Anna Michel, Denise Müller, Sarah Reiser und besonders Thorben Stych. Bei ihnen bedanken sich die Herausgeber nachdrücklich. Dank schulden die Herausgeber ferner Ulrich Eisenried, der die Entstehung der Manuskripte mit großer Geduld begleitet und mit nicht geringerer Gründlichkeit lektoriert hat.

Königstein i. Ts., Berlin und Mainz im Juni 2021

Die Herausgeber

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Bearbeiterverzeichnis	V
Vorwort zur siebten Auflage	VII
Inhaltsverzeichnis	XIII
Abkürzungsverzeichnis	XLI
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	LXI
A. Geschichte der Polizei in Deutschland	1
I. Die Polizei im frühmodernen Staat (15. bis 18. Jahrhundert)	5
II. Die Polizei in der konstitutionellen Monarchie des 19. Jahrhunderts ...	12
III. Die Polizei in der Weimarer Republik und unter dem national- sozialistischen Regime	26
IV. Die Polizei nach 1945	32
V. Die Entwicklung der Polizei von 1960 bis zur Wiedervereinigung	38
VI. Die Polizei seit 1990	49
B. Die Polizei im Verfassungsgefüge	67
I. Rechtsstaatliche und demokratische Grundlagen der Polizeiarbeit	71
II. Bundesstaatliche Grundlagen der Polizeiarbeit	109
III. Organisationsverfassungsrechtliche Grundlagen der Polizeiarbeit	138
IV. Anhang: Polizei und die „guten Sitten“	165
C. Organisation der Sicherheitsbehörden und Geheimdienste in Deutschland	173
I. Vorbemerkung	175
II. Kommunale Sicherheitsbehörden	185
III. Polizeibehörden der Länder	187
IV. Polizeibehörden des Bundes	194
V. Infrastrukturbehörden des Bundes	202
VI. Geheimdienste	204
VII. Justiz	209
VIII. Exkurse: Informelle Strukturen	214
D. Polizeiaufgaben und Regelungsmuster des polizeilichen Eingriffsrechts	229
I. Die Polizei in der Aufgabenordnung	235
II. Regelungsmuster des präventiven Handlungsfeldes	247
III. Regelungsmuster des repressiven Handlungsfeldes	321
IV. Überlappungen und Wechselwirkungen von präventivem und repressivem Handlungsfeld	333
E. Das Handeln von Polizei- und Ordnungsbehörden zur Gefahrenabwehr	341
I. Übersicht	352
II. Verfassungsrecht und Gefahrenabwehr	353
III. Rechtsformen und Prinzipien	375
IV. Gefahrenabwehr und Gefahrbegriff	396
V. Verantwortlichkeit	424
VI. Allgemeine Grundsätze der polizeilichen Eingriffsbefugnisse	436
VII. Standardbefugnisse der Polizei	459
VIII. Befugnisse der Polizei zur heimlichen Datenerhebung	582

Inhaltsübersicht

IX. Einzelprobleme	644
X. Vollstreckungsrecht	664
F. Polizeihandeln im Strafverfahren	697
I. Strafverfahren und die strafprozessualen Aufgaben der Polizei	702
II. Vernehmung	709
III. Allgemeine Fragen des strafprozessualen Eingriffsrechts	739
IV. Untersuchungshaft und vorläufige Festnahme	756
V. Fahndungsmaßnahmen und Identitätsfeststellung	771
VI. Sicherstellung	776
VII. Durchsuchung	785
VIII. Körperliche Untersuchungen, erkennungsdienstliche Maßnahmen und DNA-Analyse	791
IX. Verdeckte Informationserhebung	809
G. Informationsverarbeitung im Polizei- und Strafverfahrensrecht	825
Teil I. Verfassungs-, unions- und konventionsrechtliche Vorgaben für die Informationsverarbeitung im Polizei- und Strafverfahrensrecht	835
I. Einleitung: Die Polizei der digitalen Gesellschaft im Mehrebenensystem des Rechts	837
II. Verfassungsrechtliche Vorgaben	842
III. Vorgaben des Unionsrechts und der Europäischen Menschenrechtskonvention	952
Teil II. Einfachrechtliche Ausgestaltung der Informationsverarbeitung im Polizei- und Strafverfahrensrecht	1009
I. Grundlagen des Rechts der polizeilichen Informationsverarbeitung	1012
II. Datenerhebung	1025
III. Weiterverarbeitung von Daten	1079
IV. Befugnisse zur Datenübermittlung	1092
V. Datenabgleich	1109
Teil III. Organisatorische und institutionelle Instrumente zur Absicherung datenschutzrechtlicher Vorgaben	1137
I. Behördenorganisation	1138
II. Betroffenenrechte	1147
III. Datenschutzaufsicht	1154
Teil IV. Praxis der polizeilichen Datenverarbeitung	1161
I. Überblick, Struktur und Grundbegriffe	1162
II. Agenda Polizei 2020	1167
III. Einsatzunterstützende Systeme	1170
IV. Vorgangsbearbeitungssysteme	1179
V. Nationale Informationsverbünde	1185
VI. Interpol	1201
VII. Weitere Informationssysteme und Dateien	1203
VIII. Strafverfahrens-, Fallbearbeitungs- und Analysensysteme	1206
IX. Antiterrordatei und Rechtsextremismusdatei	1214
X. Fluggastdatenspeicherung	1216
Teil V. Ausblick: Chancen und Herausforderungen digitalisierter Polizeiarbeit	1219
I. Datenerhebung aus dem „Smart Home“	1219
II. Hochautomatisierte Datenverarbeitung, insbesondere	1220
III. Racial Profiling	1223

Inhaltsübersicht

H. Nachrichtendienste und Polizei	1225
I. Entwicklung und verfassungsrechtlicher Rahmen	1228
II. Aufgaben und Befugnisse	1235
III. Allgemeine Verfahrenssicherungen	1295
I. Gefahrenabwehr durch Ordnungsverwaltung	1303
I. Aufenthaltsrecht	1308
II. Gesundheitsrecht	1347
III. Hilfeleistungsrecht	1367
IV. Luftsicherheitsrecht	1384
V. Melde-, Pass- und Ausweisrecht	1407
VI. Straßenverkehrsrecht	1439
VII. Öffentliches Vereinsrecht	1450
VIII. Waffenrecht	1473
IX. IT-Sicherheitsrecht	1494
X. Einsatz der Bundeswehr im Innern	1508
J. Versammlungsrecht	1529
I. Historischer Aufriss	1535
II. Völker- und unionsrechtliche Vorgaben	1537
III. Kompetenzen für das Versammlungswesen	1540
IV. Grundrechtlicher Schutz	1549
V. Vorgaben der Versammlungsgesetze	1599
K. Rechtsschutz	1657
I. Einleitung	1658
II. Rechtsschutz gegen polizeirechtliche Maßnahmen	1663
III. Rechtsschutz gegen strafprozessuale Eingriffe	1712
L. Ausgleichs- und Ersatzansprüche des Bürgers und Haftung für Polizeikosten	1721
I. Ausgleichs- und Ersatzansprüche des Bürgers	1722
II. Haftung für Polizeikosten	1759
M. Europäische Rechtsgrundlagen und Institutionen des Polizeihandelns	1809
I. Einführung	1812
II. Rechtsgrundlagen des europäisierten Polizeihandelns im Wandel	1820
III. EU-Agenturen und -Einrichtungen für die Polizei- und Justizzusammenarbeit	1838
IV. Zentralisierter und vernetzter Informationsaustausch	1860
V. Polizeiliche Unterstützung anderer EU-Staaten bei Ermittlungen und Fahndung jenseits des Informationsaustausches	1875
VI. Polizeihandeln auf dem Hoheitsgebiet anderer EU-Staaten	1887
VII. Polizeihandeln an den Schnittstellen zwischen innerer Sicherheit und EU-Außenpolitik	1899
VIII. Fazit und Ausblick	1903
Sachverzeichnis	1907

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Bearbeiterverzeichnis	V
Vorwort zur siebten Auflage	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XLI
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	LXI
A. Geschichte der Polizei in Deutschland	1
I. Die Polizei im frühmodernen Staat (15. bis 18. Jahrhundert) (<i>Stolleis/ Kremer</i>)	5
1. „Policey“ und Polizeiordnungen im 15. und 16. Jahrhundert	5
2. Polizei und Polizeiwissenschaft im Zeitalter des Absolutismus (17. und 18. Jahrhundert)	8
II. Die Polizei in der konstitutionellen Monarchie des 19. Jahrhunderts (<i>Stolleis/Kremer</i>)	12
1. Wandel des Polizeibegriffs	12
2. Entwicklung der Polizei im 19. Jahrhundert	15
3. Liberale Polizeikritik	22
4. Polizei und Rechtsstaat	23
III. Die Polizei in der Weimarer Republik und unter dem national- sozialistischen Regime (<i>Stolleis/Kremer</i>)	26
1. Organisation der Polizei in der Weimarer Republik	26
2. Die Polizei als Instrument der nationalsozialistischen Diktatur	29
IV. Die Polizei nach 1945 (<i>Stolleis/Kremer</i>)	32
1. Die Polizei unter der Besatzungsherrschaft	32
2. Die „Restauration“ der Polizei in der frühen Bundesrepublik	35
V. Die Entwicklung der Polizei von 1960 bis zur Wiedervereinigung (<i>Petri/Kremer</i>)	38
1. Einbeziehung Ehrenamtlicher in die Polizeiarbeit	39
2. Studentenunruhen und Notstandsgesetze	39
3. Bedrohung durch den Terrorismus und Zentralisierungstendenzen	41
4. Vereinheitlichung des Polizeirechts durch den Musterentwurf und Herausbildung des polizeilichen Datenschutzrechts	46
5. Versammlungsrecht	47
6. Zur Entwicklung des Polizeirechts in der DDR	48
VI. Die Polizei seit 1990 (<i>Petri/Kremer</i>)	49
1. Entwicklung des Sicherheitsrechts von 1990 bis zum 11. September 2001	49
2. Umbau der Sicherheitsarchitektur nach dem 11. September 2001 ..	53
3. Reform des EU-Datenschutzrechts und neue Befugnisse zur Verhütung terroristischer Straftaten	63
B. Die Polizei im Verfassungsgefüge	67
I. Rechtsstaatliche und demokratische Grundlagen der Polizeiarbeit (<i>Denninger</i>)	71
1. Die Funktion der Polizei heute	71
a) Polizei im „Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“ ..	71
b) Sicherheit	74
c) Prävention II	76

Inhaltsverzeichnis

d) Absolute Grenzen staatlicher Eingriffe? Die Unantastbarkeit der Menschenwürde	78
2. Rechtsstaatliche Grundlagen der Polizeiarbeit	80
a) Drei Beispiele zur Kriterienbildung im Bereich der Prävention II ..	80
b) Die wesentlichen Elemente des Rechtsstaatsprinzips	84
3. Demokratische Grundlagen der Polizeiarbeit	101
a) Aufgaben der Polizei und ‚innenpolitische Friedlichkeitsgrenze‘ ..	101
b) Freiheit von Angst als Grundelement der Demokratie	105
c) Zusammenfassung: Demokratieförderliche polizeiliche Aufgabenwahrnehmung	108
II. Bundesstaatliche Grundlagen der Polizeiarbeit (<i>Bäcker</i>)	109
1. Die Gesetzgebungskompetenz des Bundes für das Strafrecht und das Strafverfahrensrecht	109
a) Strafverfolgung als Maßnahmezweck in polizeirechtlichen Überwachungsmaßnahmen	110
b) Strafrechtliches Maßregelrecht und präventivpolizeiliche individuelle Kriminalprävention	114
c) Fazit	115
2. Kompetenzrechtliche Grundlagen der Polizeibehörden des Bundes ..	116
a) Kompetenzrechtliche Grundlagen des Bundeskriminalamts	116
b) Kompetenzrechtliche Grundlagen der Bundespolizei	123
c) Kompetenzrechtliche Grundlagen des Zollvollzugsdienstes	128
3. Gesetzgebungskompetenzen für polizeiliche Datenverarbeitungen ..	128
a) Ermächtigungen zur Erhebung und zur zweckgemäßen Weiterverarbeitung personenbezogener Daten	129
b) Ermächtigungen zur zweckändernden Überführung erhobener Daten in ein einzelnes Zielverfahren	130
c) Ermächtigungen zur Datenbevorratung in verfahrensexternen Datensammlungen	134
III. Organisationsverfassungsrechtliche Grundlagen der Polizeiarbeit (<i>Bäcker</i>)	138
1. Polizei und Ordnungsbehörden	138
2. Polizei und Streitkräfte	139
3. Polizei und Nachrichtendienste	144
a) Kompetenzrechtliche Grundlagen der Nachrichtendienste	144
b) Ableitung und Auswirkungen des Trennungsgebots	149
c) Verstetigte informationelle Kooperationen von Polizeibehörden und Nachrichtendiensten – insbesondere zu den Gemeinsamen Zentren	157
4. Polizei und private Sicherheitsgewähr	159
a) Private Sicherheitsgewähr im privaten Auftrag	159
b) Private Sicherheitsgewähr im staatlichen Auftrag	161
c) Überlagerungen hoheitlicher und privater Sicherheitsgewähr	164
IV. Anhang: Polizei und die „guten Sitten“ (<i>Lisken</i>)	165
C. Organisation der Sicherheitsbehörden und Geheimdienste in Deutschland (<i>Rachor/Roggan</i>)	173
I. Vorbemerkung	175
1. Kennzeichen und Entwicklungen	175
2. Begrifflichkeiten	179
a) Organisation	179
b) Organ und Organwalter	180
c) Behörde	180
d) Zuständigkeit	183

Inhaltsverzeichnis

II. Kommunale Sicherheitsbehörden	185
1. Ordnungsämter	186
2. Insbesondere: „Stadtpolizei“	186
III. Polizeibehörden der Länder	187
1. Polizeipräsidien/Polizeidirektionen	187
a) Begriff und Bedeutung	187
b) Funktionale Struktur: Schutzpolizei und Kriminalpolizei	188
c) Horizontale Struktur	188
d) Vertikale Struktur	188
e) Einsatz- und fachgebietsbezogene Struktur	189
2. Bereitschaftspolizei	193
3. Landeskriminalämter	194
IV. Polizeibehörden des Bundes	194
1. Bundespolizei	195
a) Bundespolizeipräsidium	195
b) Bundespolizeidirektionen	197
c) Bundespolizeiinspektionen/Bundespolizeireviere	197
d) Bereitschaftspolizeidirektion	198
2. Bundeskriminalamt	198
3. „Bundesfinanzpolizei“	199
a) Zollfahndungsdienst	199
b) Allgemeine Zollverwaltung	201
4. Inspekteur der Bereitschaftspolizeien der Länder	201
5. Polizei beim Deutschen Bundestag	202
V. Infrastrukturbehörden des Bundes	202
1. Bundesamt für die Sicherheit in der Informationstechnik	202
2. Bundesnetzagentur	203
VI. Geheimdienste	204
1. Begriffsklärung	204
2. Verfassungsschutzbehörden	206
a) Bundesamt für Verfassungsschutz	206
b) Landesbehörden für Verfassungsschutz	207
3. Bundesnachrichtendienst	207
4. Amt für den Militärischen Abschirmdienst	208
VII. Justiz	209
1. Vorbemerkung	209
2. Staatsanwaltschaften	210
a) Funktion und Stellung	210
b) Behördenstruktur	211
3. Gerichte	212
a) Funktion und Stellung	212
b) Behördenstruktur	213
VIII. Exkurse: Informelle Strukturen	214
1. Obere Bundesebene	215
a) Vorüberlegungen zu erforderlichen Rechtsgrundlagen	215
b) Gemeinsames Terrorismusabwehrzentrum	216
c) Gemeinsames Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum ...	217
d) Gemeinsames Internetzentrum	218
e) Nationales Cyber-Abwehrzentrum	218
f) Gemeinsames Analyse- und Strategiezentrum Illegale Migration	219
g) Gemeinsames Melde- und Lagezentrum beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe	219

Inhaltsverzeichnis

h) Gemeinsames Lagezentrum See	220
i) Gemeinsame Finanzermittlungsgruppe BKA/ZKA	221
j) Zentrale Informationsstelle Sporteinsätze	221
2. Untere Bundesebene	222
a) Gemeinsame Ermittlungsgruppen Rauschgift (GER)	222
b) Gemeinsame Finanzermittlungsgruppen (GFG)	223
c) Gemeinsame Ermittlungsgruppen Schwarzarbeit	223
d) Gemeinsame Ermittlungsgruppen Schleuser	223
e) Gemeinsame Fahndungsgruppen Autobahn	223
f) „Sicherheitskooperation“ von Bundespolizei und Landespolizei ..	224
3. Landesebene	224
a) Gemeinsame Informations- und Analysezentren	224
b) „Sicherheitskooperation“ von Landespolizei und Stadtpolizei ..	225
c) Gemeinsame Ermittlungsgruppen Korruption	225
d) Gemeinsame Arbeitsgruppen der Landespolizei und der Ausländerbehörden	225
e) Multilaterale Kooperationsformen zum Schutz von Opfern des Menschenhandels	225
f) Kooperation von Landespolizei und privaten Sicherheitsdiensten	226
g) „Häuser des Jugendrechts“	226
h) Landespräventionsräte	227
4. Kommunale Ebene	227
a) Kooperation mit privaten Sicherheitsdiensten	227
b) Präventionsräte	228
D. Polizeiaufgaben und Regelungsmuster des polizeilichen	
Eingriffsrechts (Bäcker)	229
I. Die Polizei in der Aufgabenordnung	235
1. Funktionen der Aufgabenzuweisungen	235
2. Aufgaben auf dem präventiven Handlungsfeld	236
a) Materieller und formeller Polizeibegriff	236
b) Gefahrenabwehr im engeren Sinne	237
c) Verhütung von Straftaten	242
d) Polizei als Sonderordnungsbehörde	243
3. Aufgaben auf dem repressiven Handlungsfeld	243
a) Strafverfolgung	243
b) Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten	244
c) Vorsorge für die Strafverfolgung	245
4. Hilfsaufgaben	245
a) Amtshilfe	246
b) Vollzugshilfe	247
II. Regelungsmuster des präventiven Handlungsfeldes	247
1. Gefahrenabwehr im engeren Sinne	247
a) Polizeiliche Schutzgüter	248
b) Konkrete Gefahr	256
c) Einordnung des Gefahrverdachts	264
d) Qualifikationen der konkreten Gefahr	268
e) Verantwortlichkeit	272
f) Inanspruchnahme von Nichtverantwortlichen	299
g) Begriff, Funktion und Abgrenzung der abstrakten Gefahr	301
2. Verhütung von Straftaten – das präventivpolizeiliche Vorfeldrecht ..	305
a) Konzeptionelle Grundlagen: Handlungskonzepte der Polizei	305

Inhaltsverzeichnis

b) Die zunehmende verfassungsrechtliche Prägung des präventivpolizeilichen Vorfeldrechts	308
c) Tatbestandstypen im Gefahrstoffvorfeld	310
III. Regelungsmuster des repressiven Handlungsfeldes	321
1. Eingriffsmaßnahmen im strafprozessualen Ermittlungsverfahren	322
a) Verdachtstatbestand	322
b) Qualifikationen des Verdachtstatbestands	325
c) Betroffene von Eingriffsmaßnahmen	326
2. Vorverlagerungen im repressiven Handlungsfeld	327
a) Eingriffsmaßnahmen im Gefahrstoffvorfeld	327
b) Präventive Indienstnahme des Strafverfahrens und des strafrechtlichen Rechtsfolgenregimes durch kriminalpräventives Strafrecht	331
IV. Überlappungen und Wechselwirkungen von präventivem und repressivem Handlungsfeld	333
1. Punktuelle Gemengelagen	334
2. Strukturelle Gemengelagen	335
3. Kriminalpräventives Strafrecht und präventivpolizeiliche Eingriffsermächtigungen	338
E. Das Handeln von Polizei- und Ordnungsbehörden zur Gefahrenabwehr (Graulich)	341
I. Übersicht	352
II. Verfassungsrecht und Gefahrenabwehr	353
1. Rechtsstaatsprinzip im Polizeirecht	353
a) Vorrang des Gesetzes	353
b) Gesetzmäßigkeit der Verwaltung	354
c) Vorbehalt des Gesetzes	359
2. Legitimität, Verhältnismäßigkeit und Bestimmtheit der Befugnisse ..	362
a) Legitimität des gesetzlichen Regelungsziels	362
b) Verhältnismäßigkeit auf Norm- und Norm-Anwendungsebene ..	363
c) Die einzelnen Grundsätze der Verhältnismäßigkeit im Polizeirecht	364
d) Klarheit und Bestimmtheit der Befugnisnormen	368
3. Polizeirecht und Verfassungsrecht	370
a) Polizeirecht als Verwaltungsrecht	370
b) Unitarisierung des Polizeirechts durch das Bundesverfassungsgericht?	372
c) Grundrechte als Grenze polizeilicher Befugnisse	372
d) Beeinträchtigungen von Grundrechten	374
III. Rechtsformen und Prinzipien	375
1. Verwaltungsakte	375
2. Realakte	376
3. Polizei- und ordnungsbehördliche Verordnungen	377
a) Polizeiverordnung und abstrakte Gefahr	378
b) Polizeiverordnung zum Zweck der Gefahrenvorsorge	379
c) Corona-Schutzverordnungen und Freiheit der Person	380
4. Aufgaben-Generalklausel	382
a) Aufgabenbeschreibung	382
b) Aufgaben-Generalklausel	383
c) Zuständigkeitsabgrenzung	384
5. Befugnis-Generalklausel	384
a) Gefahr	385

Inhaltsverzeichnis

b) Schutzgut der öffentlichen Sicherheit	385
c) Schutzgut der öffentlichen Ordnung	389
d) Ermessen	392
6. Legalitätsprinzip und Opportunitätsprinzip	395
IV. Gefahrenabwehr und Gefahrbegriff	396
1. Gefahr	398
a) Gefahr und Schaden	398
b) Wahrscheinlichkeit eines Schadenseintritts	399
c) „konkrete“ und „abstrakte“ Gefahr	400
d) „wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen“	401
2. Stufen des Gefahrbegriffs	402
a) Drohende Gefahr	403
b) Unmittelbar bevorstehende Gefahr	406
c) Gegenwärtige Gefahr	407
d) Gegenwärtige erhebliche Gefahr	408
e) Gefahr für Leib oder Leben	408
f) Gefahr im Verzug	408
g) Dringende Gefahr	408
h) Belästigung	409
i) Latente Gefahr	410
3. Gefahrenvorfeld	410
4. Gefahrenverdacht	412
5. Gefahrerforschung	413
6. Gefahrenabwehr und Störungsbeseitigung	413
7. Gefahrenvorsorge	415
8. Strafverfolgungsvorsorge	416
9. Strafverfolgung	417
10. Doppelfunktionale Maßnahmen	418
a) Die „echten“ doppelfunktionalen Maßnahmen	419
b) Die „einsatzoptimierte Schwerpunkttheorie“	419
c) Zur Frage eines Rangverhältnisse von Strafprozess- und Gefahrenabwehrrecht	420
d) Die Idee des hypothetischen Ersatzeingriffs	421
e) Gefahrenabwehrrechtliche Durchsuchung und strafprozessualer Richtervorbehalts	422
11. Zur Bedeutung der Generalprävention im Polizei- und Ordnungsrecht	423
12. Zur subjektiven Tatseite	424
V. Verantwortlichkeit	424
1. Verantwortlichkeit für das Verhalten von Personen (Verhaltenshaftung)	425
a) Störer (= Verursacher)	425
b) Rechtsnachfolge	425
c) Anscheinstörer	426
d) Nichtstörer	428
2. Mittelbare Verantwortlichkeit für das Verhalten von Personen (Zweckveranlassung)	430
3. Verantwortlichkeit für den Zustand von Sachen (Zustandshaftung) ..	431
4. Inanspruchnahme nicht verantwortlicher Personen (Notstand)	433
5. Fehlerfreie „Ermessensentscheidung“ – Störerauswahl	434
6. Spezialgesetzliche Störungsregelungen	435
7. Unbeteiligter Dritter	436

Inhaltsverzeichnis

VI. Allgemeine Grundsätze der polizeilichen Eingriffsbefugnisse	436
1. Übersicht über die polizeilichen Eingriffsbefugnisse und rechtliche Ausübungsbedingungen	436
a) Verhältnis von Aufgabe und Befugnis	437
b) Unterscheidung von repressiven und präventiven Aufgaben	437
c) Polizeiliche Befugnisse und Grundrechte	438
2. Generalemächtigung und sogenanntes polizeirechtliches Prüfungsschema	440
a) In Betracht kommende Rechtsgrundlage	440
b) Formelle Voraussetzungen der Polizeiverfügung	442
c) Materielle Voraussetzungen	444
3. Zum Verhältnis von General- und Spezialermächtigung	446
a) Polizeiliche Kontrolle einer Hosentasche aufgrund der Generalemächtigung	446
b) Zur Subsidiarität der General-Befugnisklausel	447
c) Begrenzte Leistungsfähigkeit der General-Befugnisklausel zur Ausfüllung des Gesetzesvorbehalts	448
d) Zur Polizeirechtsfestigkeit des Presserechts	449
e) Zur Polizeirechtsfestigkeit des Versammlungsrechts	449
f) Meldeauflage	451
g) Gefährderansprache	453
h) Präventive „Sicherstellung“ eines Kraftfahrzeuges mit Parkkralle ..	454
i) Ortung und Abwehr von Drohnen	455
4. Unmittelbare Ausführung einer Maßnahme und Sofortvollzug	456
a) Rechtsnatur	456
b) Voraussetzungen	457
c) Kostenersatz	458
d) Rechtliche Kontrolle	458
VII. Standardbefugnisse der Polizei	459
1. Datenerhebung	459
a) Erhebung personenbezogener Daten	460
b) Befragung und Auskunftspflicht	460
c) Identitätsfeststellung und Prüfung von Berechtigungsscheinen ...	463
d) Erkennungsdienstliche Maßnahmen	471
e) Vorladung und Vorführung	482
f) Datenerhebung bei öffentlichen Veranstaltungen, Ansammlungen oder Versammlungen	483
g) Selbsttätige Bildaufnahme- und Bildaufzeichnungsgeräte	489
h) Mobile Bild- und Tonaufzeichnungsgeräte (sog. Bodycams)	490
i) Gesprächsaufzeichnung	492
2. Datenverarbeitung und Datennutzung	492
a) Speicherung, Veränderung und Nutzung personenbezogener Daten	493
b) Ausschreibung zur Fahndung	497
c) Ausschreibung zur polizeilichen Beobachtung	498
d) Übermittlung von Fluggastdaten	498
e) Übermittlung personenbezogener Daten	499
f) Übermittlung personenbezogener Daten an Mitgliedstaaten der Europäischen Union	501
g) Ergänzende unionale Regelungen für die Übermittlung und Verwendung	502
h) Verarbeitung biometrischer Daten im Rahmen der polizeilichen Ermittlungsarbeit	503

Inhaltsverzeichnis

i) Berichtigung, Löschung und Sperrung personenbezogener Daten	504
j) Errichtungsanordnung	505
3. Platzverweisung, Kontaktverbot, Gewahrsam, Durchsuchung	506
a) Platzverweisung	506
b) Aufenthaltsvorgabe, Kontakt- und Näherungsverbot	511
c) Elektronische Aufenthaltsüberwachung	516
d) Durchsuchung von Personen	519
e) Durchsuchung von Sachen	523
f) Betreten und Durchsuchung von Wohnungen und Betriebsräumen	525
g) Verfahren bei der Durchsuchung von Wohnungen	530
4. Gewahrsam	534
a) Begriff und gesetzliche Anforderungen	535
b) Gewahrsamszwecke und Gewahrsamsformen	537
c) Richterliche Entscheidung	544
d) Behandlung festgehaltener Personen	555
e) Dauer der Freiheitsentziehung	558
5. Sicherstellung und Verwahrung	561
a) Sicherstellung	561
b) Verwahrung	573
c) Verwertung, Vernichtung	575
d) Herausgabe sichergestellter Sachen oder des Erlöses, Kosten	577
VIII. Befugnisse der Polizei zur heimlichen Datenerhebung	582
1. Allgemeine Anforderungen an die Befugnisse und ihre Anwendung	583
a) Vorbemerkung zur Entwicklungsgeschichte	584
b) Offene und heimliche Datenerhebung	586
c) Legitimität des gesetzlichen Schutzziels	588
d) Bestimmtheit, Klarheit und Verhältnismäßigkeit der Normen	588
e) Verfahrensrechtliche Konsequenzen aus dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	594
f) Kernbereichsschutz	596
g) Zusammenwirken verschiedener Überwachungsmaßnahmen	598
h) Berufsgruppenschutz	598
i) Transparenzgebot	599
2. Observationen	602
a) Offene und heimliche Observationen	602
b) Längerfristige Observation	603
c) Richtervorbehalt	604
d) Einsatz technischer Mittel	605
3. Einsatz technischer Mittel in und aus Wohnungen	605
4. Einsatz technischer Mittel zur Eigensicherung	607
5. Verdeckte Ermittler	608
6. Vertrauenspersonen	610
7. Ausschreibung zur polizeilichen Beobachtung	613
8. Kennzeichenerfassung und Geschwindigkeitskontrollen	614
a) Automatische Kennzeichenerfassung	615
b) Treffer und Nichttreffer	615
c) Abgleich mit dem Fahndungsbestand	616
d) Kennzeichenkontrolle als Mittel der Schleierfahndung	616
e) Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	617
f) Geschwindigkeitskontrollen	618
9. Rasterfahndung	618
10. Postbeschlagnahme	619

Inhaltsverzeichnis

11. Eingriffe in Telekommunikationsinhalte	621
a) Schutzbereich des Fernmeldegeheimnisses	621
b) Präventive und repressive Eingriffe in Telekommunikationsinhalte	622
c) Besondere Fälle von Eingriffen in Telekommunikationsinhalte ..	623
12. Eingriffe in informationstechnische Systeme	627
a) Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme (IT-Grundrecht)	628
b) Online-Durchsuchung als Eingriff in das IT-Grundrecht	628
c) Besondere Fälle von Eingriffen in das IT-Grundrecht	631
13. Erhebung von Telekommunikationsverkehrsdaten	632
a) Begriff der Verkehrsdaten und grundrechtlicher Schutzbereich ..	633
b) Vorratsdatenspeicherung	634
c) Stille SMS	635
d) Funkzellenauswertung	636
14. Identifizierung und Lokalisierung von SIM-Karten	638
a) Art des Eingriffs	639
b) IMSI-Catcher	639
c) WLAN-Catcher	640
15. Auskunft über Bestands- und Nutzungsdaten	640
a) Erhebung, Speicherung und Übermittlung von Bestandsdaten ...	641
b) Datenabruf	642
c) Auswirkungen der Bestandsdatenauskunft II-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts	642
IX. Einzelprobleme	644
1. Obdachlosigkeit	644
a) Obdachloseneinweisung	644
b) Die obdachlose Person	645
c) Beschlagnahme privaten Wohnraums	647
d) Kommunale Obdachlosenunterkünfte	647
2. Abschleppen von Kraftfahrzeugen	649
a) Konstruktion der Abschleppbefugnis	649
b) Adressatenfrage	657
c) Abschleppvorgang und Verhältnismäßigkeit	659
d) Ausgleich für Beschädigungen beim Abschleppen	661
3. Identifizierbarkeit handelnder Einsatzkräfte	661
a) Kennzeichnung eingesetzter Beamter	662
b) Polizeilich angeordnetes Fotografierverbot	663
X. Vollstreckungsrecht	664
1. Zulässigkeit der Vollstreckung	665
a) Verfügung der Polizei	666
b) Verfügung der Ordnungsverwaltung	666
c) Wirksamkeit vor Rechtmäßigkeit	667
d) Duldungsanordnung	667
e) Vollziehbarkeit	668
f) Vollstreckungshindernisse	668
2. Verfahren der Zwangsvollstreckung	669
a) Gestrecktes Vollstreckungsverfahren	670
b) Sofortvollzug und unmittelbare Ausführung	672
c) Vorrang des gestreckten Vollstreckungsverfahrens	673
3. Zwangsmittel	673
a) Ersatzvornahme	674

Inhaltsverzeichnis

b) Zwangsgeld	676
c) Unmittelbarer Zwang	680
4. Androhung von Zwangsmitteln und Fristsetzung	689
a) Voraussetzung und Form der Androhung	689
b) Fristsetzung	690
c) Androhung eines bestimmten Zwangsmittels	690
d) Androhung des Zwangsgeldes in bestimmter Höhe	691
e) Androhung unmittelbaren Zwanges	692
f) Verzicht auf die Androhung	692
5. Festsetzung des Zwangsmittels	693
6. Anwendung des Zwangsmittels	694
7. Vollzugsfolgenbeseitigung	695
F. Polizeihandeln im Strafverfahren (Frister)	697
I. Strafverfahren und die strafprozessualen Aufgaben der Polizei	702
1. Aufgabe und Grenzen eines rechtsstaatlichen Strafverfahrens	702
a) Aufgabe des Strafrechts	702
b) Aufgabe des Strafverfahrens	704
c) Grenzen eines rechtsstaatlichen Strafverfahrens	705
2. Ablauf des Strafverfahrens	705
a) Ermittlungsverfahren	705
b) Zwischenverfahren	706
c) Hauptverfahren	706
3. Aufgaben und Stellung der Polizei im Strafverfahren	707
a) Ermittlungsaufgaben der Polizei	707
b) Weisungsunterworfenheit gegenüber der Staatsanwaltschaft	708
c) Zwangsbefugnisse der Polizei	708
II. Vernehmung	709
1. Vernehmung des Beschuldigten	709
a) Nemo-tenetur-Grundsatz	709
b) Zweck der Vernehmung	710
c) Begriff der Vernehmung	710
d) Begriff des Beschuldigten	711
e) Zeitpunkt und Ablauf der ersten Vernehmung (§ 136 StPO)	712
f) Belehrungspflichten	714
g) Anwesenheitsrecht des Verteidigers	717
h) Videoaufzeichnung der Vernehmung	718
i) Geständnis und Amtsaufklärungspflicht	718
2. Vernehmung von Zeugen	719
a) Begriff und Pflichten des Zeugen	719
b) Zweck der Vernehmung und Zeugnisfähigkeit	720
c) Ablauf der Vernehmung	720
d) Aussageverweigerungsrechte und Belehrungspflichten	721
e) Gegenüberstellung	726
3. Verbotene Vernehmungsmethoden gemäß § 136a StPO	728
a) Grundlagen	728
b) Zufügen von Schmerzen	730
c) Drohungen und Versprechungen	730
d) Täuschung	731
e) Beeinträchtigungen der Vernehmungsfähigkeit	734
f) Lügendetektor	735
4. Verwertungsverbote bei der Vernehmung	736
a) Verstoß gegen § 136a StPO	736

Inhaltsverzeichnis

b) Verletzung von § 136 Abs. 1 S. 2 StPO	737
c) Verletzung von Zeugenbelehrungspflichten (§§ 52 Abs. 3 S. 1, 55 Abs. 2 StPO)	738
d) Fernwirkung der Verwertungsverbote	738
III. Allgemeine Fragen des strafprozessualen Eingriffsrechts	739
1. Systematik der Eingriffsbefugnisse	739
2. Verhältnismäßigkeitsgrundsatz und die Bedeutung der Unschuldsvermutung	740
3. Gesetzliche Konkretisierungen des Verhältnismäßigkeits- grundsatzes	741
a) Anforderungen an den Verdachtsgrad	741
b) Anforderungen an Art und Schwere der Tat	742
c) Subsidiaritätsklauseln	743
4. Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung und rechtlich anerkannter Vertrauensverhältnisse	744
a) Kernbereich privater Lebensgestaltung	744
b) Rechtlich anerkannte Vertrauensverhältnisse	745
5. Anordnungsbefugnis	747
a) Regelmäßiger Richtervorbehalt	747
b) Eilkompetenz der Staatsanwaltschaft und ihrer Ermittlungspersonen	748
6. Begleiteingriffe und Anwendung unmittelbaren Zwangs	749
7. Verwertungsverbote und Verwertungsbeschränkungen	750
a) Verbote der Verwertung rechtswidrig erhobener Informationen	750
b) Beschränkungen der Verwertung rechtmäßig erhobener Informationen	753
IV. Untersuchungshaft und vorläufige Festnahme	756
1. Verfassungsrechtliche und tatsächliche Grundlagen	756
2. Grundzüge der gesetzlichen Regelung	757
a) Materielle Haftvoraussetzungen	757
b) Zuständigkeit und Verfahren	758
3. Haftgründe	759
a) Flucht, Fluchtgefahr und Hauptverhandlungshaft	759
b) Verdunkelungsgefahr	760
c) Schwere der Tat	761
d) Wiederholungsgefahr	762
e) Exkurs: Einstweilige Unterbringung gemäß § 126a StPO	763
4. Bedeutung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes	763
a) Verhältnismäßigkeit der Anordnung von Untersuchungshaft	763
b) Aussetzung des Haftvollzugs	764
c) Zeitliche Grenzen der Untersuchungshaft	765
5. Verhaftung und vorläufige Festnahme	766
a) Verhaftung	766
b) Vorläufige Festnahme	768
c) Festnahmerecht Privater	769
d) Ausführung der Festnahme	770
6. Weiteres Verfahren	770
a) Haftprüfung	770
b) Untersuchungshaftvollzug	771
V. Fahndungsmaßnahmen und Identitätsfeststellung	771
1. Ausschreibung von Personen und Aufklärungsfahndung	771
a) Ausschreibung zur Festnahme	771

Inhaltsverzeichnis

b) Ausschreibung zur Aufenthaltsermittlung und zur Durchführung strafprozessualer Eingriffe	773
c) Aufklärungs- und Identitätsfahndung	773
2. Identitätsfeststellung	773
a) Feststellung der Identität von Verdächtigen	773
b) Feststellung der Identität von Nichtverdächtigen	774
c) Freiheitsentziehungen zur Identitätsfeststellung	775
3. Kontrollstellenfahndung	775
a) Einrichtung von Kontrollstellen	775
b) Durchführung der Kontrolle	776
VI. Sicherstellung	776
1. Sicherstellung von Beweismitteln	777
a) Allgemeine Voraussetzungen und Formen	777
b) Gesetzliche Beschlagnahmeverbote	778
c) Begrenzung durch den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	780
2. Postbeschlagnahme	781
a) Materielle Voraussetzungen	782
b) Anordnung und Durchführung	782
c) Keine Anwendung auf elektronische Kommunikation	783
3. Sicherstellung von Einziehungsgegenständen	784
a) Sicherstellung nach § 111b StPO	784
b) Sicherstellung von Führerscheinen	785
VII. Durchsuchung	785
1. Gesetzliche Voraussetzungen	786
a) Durchsuchung bei Verdächtigen	786
b) Durchsuchung bei Unverdächtigen	787
2. Beschränkungen durch den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	787
3. Durchsuchungsanordnung	788
4. Durchführung einer Durchsuchung	789
VIII. Körperliche Untersuchungen, erkennungsdienstliche Maßnahmen und DNA-Analyse	791
1. Körperliche Untersuchungen und Eingriffe beim Beschuldigten	791
a) Allgemeine Voraussetzungen	791
b) Einzelne Untersuchungen und Eingriffe	792
c) Anordnung und Durchführung der Untersuchungen	793
d) Verwertung und Vernichtung der entnommenen Körpersubstanzen	794
2. Körperliche Untersuchungen und Eingriffe bei Dritten	794
a) Materielle Voraussetzungen	794
b) Untersuchungsverweigerungsrecht von Angehörigen	795
c) Anordnung und Durchführung der Maßnahmen	796
3. Erkennungsdienstliche Maßnahmen	796
a) Für das laufende Strafverfahren	797
b) Für den Erkennungsdienst	797
4. DNA-Analyse	800
a) Allgemeine Grundlagen	800
b) Für das laufende Strafverfahren	801
c) Zur Identifizierung in künftigen Strafverfahren	804
d) Rechtspolitische Diskussion	808
IX. Verdeckte Informationserhebung	809
1. Einsatz von Verdeckten Ermittlern (VE-Personen) und Vertrauenspersonen (V-Personen)	809
a) Allgemeine Problematik	809

b) Begriff des Verdeckten Ermittlers in Abgrenzung zu anderen, nicht offenen polizeilichen Ermittlungsformen	810
c) Voraussetzungen für den Einsatz eines Verdeckten Ermittlers	812
d) Befugnisse und Pflichten eines Verdeckten Ermittlers	813
e) Anordnungsbefugnis	817
f) Weiteres Verfahren	819
2. Längerfristige Observation	821
a) Materielle Voraussetzungen	822
b) Anordnungskompetenz	823
G. Informationsverarbeitung im Polizei- und Strafrecht	825
Teil I. Verfassungs-, unions- und konventionsrechtliche Vorgaben für die Informationsverarbeitung im Polizei- und Strafrecht	835
I. Einleitung: Die Polizei der digitalen Gesellschaft im Mehrebenensystem des Rechts (<i>Müller/Schwabenbauer</i>)	837
II. Verfassungsrechtliche Vorgaben (<i>Schwabenbauer</i>)	842
1. Entwicklung vom „grundrechtsfreien“ zum grundrechtsrelevanten Datenumgang – Datenverarbeitung als Grundrechtseingriff	842
a) Entwicklung des Eingriffsverständnisses	842
b) Datenumgang als Eingriff	844
c) „Fahndungseingriffe“ – Datenabgleich als Eingriff (Treffer und Nichttreffer)	851
d) Protokollierung als Eingriff	854
e) Datenverarbeitung aus öffentlichen Quellen	854
f) Eingriffsausschließende Einwilligung	855
2. Grundrechtliche Gewährleistungen – Schutz der Privatheit	859
a) Privatheit als grundrechtliche Identitätsschicht	859
b) Schutzbereich und Schranken einschlägiger grundrechtlicher Gewährleistungen	859
c) Privatheit – Begriff und Gehalt	871
d) Schutz der Privatheit im Grundgesetz	875
e) Beschränkungen der Privatheit im Grundgesetz	877
3. Kriterien zur Bestimmung der Eingriffsintensität	878
a) Zweckverfolgung	878
b) Informationsgehalt erhobener Daten (Art der Daten)	878
c) Heimliche Datenerhebung und Datenerhebung bei Dritten (Modalität der Datenerhebung)	879
d) Streubreite (Umfang des Betroffenenkreises)	881
e) Einschüchterungseffekte	882
f) Folgeeingriffe und sonstige Nachteile (insbesondere Missbrauchsgefahr)	883
4. Rechtfertigung von (insbesondere heimlichen) Grundrechtseingriffen im Allgemeinen	883
5. Keine Rechtfertigung von Eingriffen: Absolute Grenzen	884
a) Unantastbarer Kernbereich privater Lebensgestaltung	885
b) Verbot der Totalausforschung (Rundumüberwachung)	896
c) Unantastbarer Wesensgehalt von Grundrechten nach Art. 19 Abs. 2 GG	896
d) Datenerhebung auf Vorrat zu nicht bestimmbareren Zwecken	897

Inhaltsverzeichnis

6. Rechtfertigung von Eingriffen insbesondere durch Datenerhebung (modale und relative Eingriffsschwellen)	898
a) Bestimmtheitsgebot	898
b) Verhältnismäßigkeitsgebot	900
7. Grenzen zweckkonformer Weiternutzung	910
8. Rechtfertigung von Eingriffen in Gestalt des Datenaustauschs	911
a) Erscheinungsformen	911
b) Eingriffscharakter	911
c) Rechtfertigung	912
9. Rechtswidrigkeit der Datenerhebung als (Weiter-)Nutzungs- und Übermittlungsschranke?	924
10. Absicherung materieller Eingriffsschwellen durch Verfahrens- und Betroffenenrechte	926
a) Richter- und sonstige Bewilligungsvorbehalte	926
b) Kontrolle durch Datenschutzbeauftragte von Bund und Ländern und Aufsichtsbehörden	929
c) Einsatzhöchstfristen	930
d) Datensicherheit	930
e) Lösch- und Löschrüffristen	931
f) Dokumentations- und Protokollierungspflichten; Kennzeichnungspflicht	931
g) Auskunftsrechte und Benachrichtigungspflichten	933
h) Sanktionen	939
11. Zitiergebot als formale Eingriffsschwelle	940
12. Globalperspektiven	941
a) Additive Grundrechtseingriffe	941
b) „Überwachungsgesamtrechnung“	942
13. Generierung von Maßnahmewissen	943
a) Berichtspflichten	944
b) Evaluationen	945
14. Anforderungen für die Anwendungsebene	948
a) Kernbereich der privaten Lebensgestaltung	948
b) Verhältnismäßigkeit	948
c) Diskriminierungsverbote	950
III. Vorgaben des Unionsrechts und der Europäischen Menschenrechtskonvention (<i>Müller/Schwabenbauer</i>)	952
1. Grundrechtlicher Schutz vor sicherheitsbehördlicher Informationsverarbeitung durch die Europäische Grundrechtecharta	952
a) Schutz und Beschränkungsmöglichkeiten der Privatheit	952
b) Anwendbarkeit der Unionsgrundrechte (Art. 51 Abs. 1 GRCh)	954
2. Primär- und sekundärrechtliche Regelungen der Europäischen Union	959
a) Überblick	959
b) Sachlicher Anwendungsbereich der DSRL-JI (Art. 2 Abs. 3 lit. a DSRL-JI, Art. 16 Abs. 2 AEUV)	963
c) Anwendungsvoraussetzungen der DSRL-JI	967
d) Inhalte der DSRL-JI	976
e) Richtlinienbedingter Änderungsbedarf im nationalen Recht	1000
f) Bewertung der Richtlinie und ihrer Umsetzung	1008

Teil II. Einfachrechtliche Ausgestaltung der Informations-	
verarbeitung im Polizei- und Strafverfahrensrecht	
<i>(Müller/Schwabenbauer)</i>	1009
I. Grundlagen des Rechts der polizeilichen Informationsverarbeitung	1012
1. Systematik	1012
a) Die grundsätzliche Trennung von Polizei- und Strafverfahrensrecht	1012
b) Doppelfunktionale Maßnahmen	1014
c) Verhältnis der Spezialbefugnisse zu Datenverarbeitungsgeneralklauseln und zum allgemeinen Datenschutzrecht	1016
2. Grundbegriffe	1017
3. Allgemeine Grundsätze der Informationsverarbeitung	1022
II. Datenerhebung	1025
1. Generalklauseln	1026
a) Erhebungsgeneralklauseln im Polizeirecht	1026
b) Allgemeine Ermittlungsbefugnisse im Strafverfahren	1031
2. Datenerhebung im vorwiegend öffentlichen Raum	1033
a) Identitätsfeststellung	1033
b) Befragung	1035
c) Videoüberwachung, Bild- und Tonaufnahmen im öffentlichen Raum	1036
3. Datenerhebung im Zusammenhang mit elektronisch gespeicherten Informationen	1047
a) „Sicherstellung von Daten“	1047
b) Datenerhebung in virtuellen öffentlichen Räumen	1049
4. Datenerhebung im Zusammenhang der Fernkommunikation	1050
a) Eingriffe in den Brief- und Postverkehr	1050
b) Eingriffsmaßnahmen im Zusammenhang der Telekommunikation	1051
c) Eingriffsmaßnahmen im Zusammenhang internetbasierter Kommunikation	1066
5. Datenerhebung mit besonderen Eingriffen in die persönliche Lebenssphäre der Betroffenen	1067
a) Überwachung von Wohnraum	1067
b) Online-Durchsuchung	1072
c) Längerfristige Observation	1076
III. Weiterverarbeitung von Daten	1079
1. Speicherung, Veränderung und Verwendung von Daten	1079
a) Konzept	1079
b) Regelungen im Gefahrenabwehrrecht	1080
c) Regelungen im Strafverfahrensrecht	1083
d) Speicherung zur Vorgangsverwaltung und befristeten Dokumentation	1084
e) Verarbeitung strafprozessual erlangter Daten zu präventiv- polizeilichen Zwecken; insbesondere: Datenerfassung in Kriminalaktennachweisen (KAN)	1086
2. Berichtigung von Daten	1088
3. Löschung	1090
4. Einschränkung der Verarbeitung	1091
IV. Befugnisse zur Datenübermittlung	1092
1. Grundsätze	1093
a) Zweckbindung	1093

Inhaltsverzeichnis

b) Schutz besonders sensibler Daten	1094
c) Ermessensausübung und Verhältnismäßigkeit	1095
d) Verantwortlichkeit	1096
2. Übermittlung und Austausch von Daten zwischen innerstaatlichen Polizei- und Strafverfolgungsbehörden	1097
3. Datenübermittlung an Verfassungsschutzbehörden und Nachrichtendienste	1100
4. Datenübermittlung an sonstige öffentliche Stellen im Inland	1101
a) Datenübermittlung zur Ermöglichung von Sicherheits- und Zuverlässigkeitsüberprüfungen, Sicherheitsanfragen nach §§ 73, 73a AufenthG	1101
b) Sonstige Datenübermittlung	1101
c) Teilnahme öffentlicher Stellen an polizeilichen Informationssystemen	1102
5. Datenübermittlung an nicht-öffentliche Stellen	1102
6. Datenübermittlung an ausländische Behörden und internationale Organisationen	1104
a) Datenübermittlung an Behörden in anderen EU-Mitgliedstaaten	1104
b) Datenübermittlung an Behörden in Drittstaaten und internationale Organisationen	1105
c) Beteiligung ausländischer Behörden und internationaler Organisationen an automatisierten Abrufverfahren	1109
7. Datenübermittlung an die Polizei	1109
V. Datenabgleich	1109
1. Datenabgleich	1109
2. Rasterfahndung	1113
a) Begriff der Rasterfahndung	1113
b) Eingriffsqualität der Rasterfahndung	1114
c) Repressive Rasterfahndung	1116
d) Präventive Rasterfahndung	1117
e) Umfang des Herausgabeverlangens und der Übermittlung	1119
f) Adressaten; Übermittlungspflicht	1120
g) Unterrichtungspflicht	1121
h) Löschungspflichten	1121
3. Abgleich von Kfz-Kennzeichen mit Fahndungsbeständen	1121
a) Funktionsweise der Kennzeichenerfassung und des Abgleichs mit dem Fahndungsbestand (Kennzeichenkontrolle)	1121
b) Gesetzgebungskompetenz	1123
c) Materielle verfassungsrechtliche Vorgaben	1124
d) Überblick über einfachgesetzliche Vorschriften	1127
4. Ausschreibung zur polizeilichen Beobachtung	1128
a) Durchführung der Beobachtung	1128
b) Praktische Bedeutung	1129
c) Verfassungsrechtliche Bewertung	1130
d) Ausschreibung	1131
e) Übermittelte Daten	1133
f) Formelle Vorgaben	1135
g) Unterrichtung	1136
Teil III. Organisatorische und institutionelle Instrumente zur Absicherung datenschutzrechtlicher Vorgaben (Müller/Schwabenbauer)	1137
I. Behördenorganisation	1138
1. Behördlicher Datenschutzbeauftragter	1138

Inhaltsverzeichnis

2. Technische Datenschutzmaßnahmen	1138
a) Allgemeines	1138
b) Datenschutz-Folgenabschätzung	1138
c) Anforderungen an die Sicherheit der Datenverarbeitung	1140
d) Technikgestaltung und datenschutzfreundliche Voreinstellungen	1141
e) Garantien im Falle der Verarbeitung besonderer Kategorie personenbezogener Daten (Art. 10)	1142
3. Dokumentationspflichten	1143
a) Verzeichnis der Verarbeitungstätigkeiten	1143
b) Protokollierungspflicht	1144
c) Errichtungsanordnungen	1145
4. Pflichten bei „Datenpannen“	1146
5. Schutz von Whistleblowern (Art. 48 DSRL-JI)	1147
II. Betroffenenrechte	1147
1. Informationspflichten	1147
a) Informationspflichten bei offener Datenerhebung	1147
b) Informationspflichten bei heimlichen Datenerhebungen	1150
2. Auskunftsanspruch des Betroffenen	1150
a) Auskunftsanspruch	1150
b) Auskunftspflichtiger	1151
c) Anforderungen an Antragsteller und Antragstellung	1151
d) Erteilung der Auskunft	1151
e) Ausnahmen von der Auskunftserteilung	1152
3. Berichtigungsanspruch des Betroffenen	1154
III. Datenschutzaufsicht	1154
1. Unions- und verfassungsrechtliche Fundierung	1154
2. Aufgaben und Befugnisse	1155
a) Aufwertung durch die DS-GVO und die DSRL-JI	1155
b) Ausgestaltung durch das BDSG und die LDSG	1155
c) Das klassische Beanstandungsverfahren	1156
d) Beschränkungen der Aufsicht über sicherheitsbehördliche Datenverarbeitung	1157
e) Auslöser für ein aufsichtliches Tätigwerden	1157
f) Kooperation der Aufsichtsbehörden untereinander	1158
3. Anrufung der Datenschutzaufsichtsbehörden durch Betroffene	1158
a) Rechtslage bis zur EU-Datenschutzreform	1158
b) Rechtslage nach der EU-Datenschutzreform	1158
Teil IV. Praxis der polizeilichen Datenverarbeitung (Arzt)	1161
I. Überblick, Struktur und Grundbegriffe	1162
II. Agenda Polizei 2020	1167
III. Einsatzunterstützende Systeme	1170
1. Einsatzleitstellensysteme, Internet und Smartphone	1170
2. Videoüberwachung	1171
a) Stationäre Videoüberwachung	1171
b) Mobile Videoüberwachung und Bodycams	1172
3. „Intelligente automatisierte Erkennung“ von Menschen und Verhalten	1173
a) Gesichtserkennung	1173
b) Verhaltenserkennung	1175
4. Automatisierte Kennzeichenkontrolle	1176
5. Digitalisierte ED-Behandlung	1177

Inhaltsverzeichnis

IV. Vorgangsbearbeitungssysteme	1179
1. Datenverarbeitung zur Aufgabenerfüllung	1181
2. Datenverarbeitung zur Vorgangsverwaltung und Dokumentation ...	1183
3. Anbindung an andere Systeme	1184
V. Nationale Informationsverbünde	1185
1. INPOL	1185
a) Entwicklung	1186
b) Struktur und Speichervoraussetzungen in INPOL-Z	1186
c) Erfassung von Personendaten	1188
d) Kriminalakten und Kriminalaktennachweis	1189
e) Personenfahndung	1191
f) Sachfahndung	1192
g) Haftdatei	1192
h) Erkennungsdienst	1192
i) DNA-Analysedatei	1193
j) Personengebundene Hinweise	1193
k) Ermittlungsunterstützende Hinweise	1195
2. INPOL-Falldateien und phänomenbezogene Verbunddateien	1197
a) Verbunddatei Innere Sicherheit	1197
b) Verbunddateien Gewalttäter und Ausländerkriminalität	1197
c) Verbunddatei Gewalttäter Sport	1198
d) Falldatei Rauschgift	1199
e) Weitere Dateien	1200
3. Polizeilicher Informations- und Analyseverbund	1200
VI. Interpol	1201
VII. Weitere Informationssysteme und Dateien	1203
1. Amts- und Zentraldateien beim BKA	1203
2. Zollfahndungsdateien und FIU	1203
VIII. Strafverfahrens-, Fallbearbeitungs- und Analysesysteme	1206
1. Entwicklung	1206
2. Strafverfahrens-/Strafverfolgungsdateien	1206
3. Fallbearbeitungssysteme und einheitliches Fallbearbeitungssystem ...	1206
4. Polizeiliche Analysesysteme und Predictive Policing	1208
a) Raumbezogenes Predictive Policing	1209
b) Personenzentrierte Analysen und RADAR-iTE	1210
c) Polizeiliche Analyseplattformen und Datafizierung	1211
5. Mobiler Zugriff auf polizeiliche Anwendungen und Systeme	1213
6. Weitere ermittlungsunterstützende Systeme	1213
IX. Antiterrordatei und Rechtsextremismusdatei	1214
X. Fluggastdatenspeicherung	1216
Teil V. Ausblick: Chancen und Herausforderungen digitalisierter	
Polizeiarbeit (Müller/Schwabenbauer)	1219
I. Datenerhebung aus dem „Smart Home“	1219
II. Hochautomatisierte Datenverarbeitung, insbesondere	1220
III. Racial Profiling	1223
H. Nachrichtendienste und Polizei (Bergemann)	1225
I. Entwicklung und verfassungsrechtlicher Rahmen	1228
1. Entwicklung	1228
2. Trennungsgebot	1231

Inhaltsverzeichnis

3. Grundrechte	1232
a) Betroffene Grundrechte und Eingriffsschwellen	1232
b) Erhebung und Verwendung als Regelungsgesamtsystem	1233
4. Parteien und Abgeordnete	1233
II. Aufgaben und Befugnisse	1235
1. Begrenzungsfunktion von Aufgaben und Beobachtungs- voraussetzungen	1235
a) Sammlung und Auswertung von Informationen	1235
b) Sachliche Beobachtungsgegenstände	1236
c) Allgemeine Beobachtungsschwellen	1246
d) Betroffener Personenkreis	1248
e) Mitwirkungsaufgaben	1255
2. Befugnisse zur Informationsbeschaffung	1255
a) Datenerhebung aus allgemein zugänglichen Quellen	1256
b) Besondere Mittel	1257
c) Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel	1263
3. Speicherung in Akten und Dateien	1271
a) Personen- und Sachakten	1271
b) Amtsdateien	1272
c) Gemeinsame Dateien der Verfassungsschutzbehörden – zentraler Datenpool	1274
d) Besondere Verfahrenssicherungen	1275
4. Zusammenarbeit, insbesondere mit Polizeibehörden	1276
a) Polizeiliche Interessen an der Zusammenarbeit und Datenübermittlung	1276
b) Allgemeine Voraussetzungen der Datenübermittlung an inländische Behörden	1277
c) Besondere Fälle und Probleme der Datenübermittlung	1285
d) Gemeinsame Dateien	1290
e) Gemeinsame Dateien mit ausländischen Geheimdiensten	1293
f) Gemeinsame Zentren	1293
III. Allgemeine Verfahrenssicherungen	1295
1. Kontrolle	1295
a) Rechtsschutz	1295
b) Parlamentarisches Kontrollgremium	1296
c) Datenschutzbeauftragte	1297
d) Weitere Gremien	1298
2. Vermeidung additiver Grundrechtseingriffe	1298
3. Benachrichtigung und Auskunft	1299
I. Gefahrenabwehr durch Ordnungsverwaltung	1303
I. Aufenthaltsrecht (<i>Wapler</i>)	1308
1. Einleitung	1308
a) Aufenthaltsrecht als Teil des Gefahrenabwehrrechts	1308
b) Historische Entwicklung und aktuelle Rechtsgrundlagen	1309
c) Behördliche Handlungsspielräume im Aufenthaltsrecht	1313
2. Betroffener Personenkreis	1314
a) Ausländer	1314
b) Unionsbürger	1314
c) Flüchtlinge, Asylberechtigte bzw. international Schutzberechtigte	1314
d) Sonderregelungen	1315

Inhaltsverzeichnis

3. Zuständigkeiten	1315
a) Zuständige Behörden im Aufenthaltsrecht	1315
b) Aufgaben des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge	1318
4. Voraussetzungen der Einreise	1318
a) Passpflicht	1318
b) Aufenthaltstitel	1318
c) Unerlaubte Einreise	1319
5. Erteilung eines Aufenthaltstitels	1322
a) Überblick	1322
b) Allgemeine Erteilungsvoraussetzungen	1322
c) Visum	1323
d) Aufenthaltserlaubnis	1324
e) Niederlassungserlaubnis	1330
f) Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EU	1331
g) Sonstiger Status, insbesondere Aufenthaltsgestattung, Duldung ...	1331
h) Anspruch auf Erteilung eines Aufenthaltstitels, Versagungsgründe	1333
i) Nebenbestimmungen	1333
j) Widerruf und Rücknahme	1334
6. Integrationskurs, Bildung und Teilhabe am Erwerbsleben, soziale Sicherheit	1335
a) Integrationskurs	1335
b) Bildung, Ausbildung und Teilhabe	1336
c) Soziale Sicherung	1338
7. Aufenthaltsbeendigung	1339
a) Erlöschen des Aufenthaltstitels	1339
b) Ausweisung	1340
c) Nachträgliche Befristung	1342
d) Durchsetzung der Ausreisepflicht	1343
e) Auslieferung	1346
8. Rechtsschutz	1346
II. Gesundheitsrecht (<i>Kießling</i>)	1347
1. Begriff und historische Entwicklung	1347
a) Der Begriff „Gesundheitsrecht“	1347
b) Entwicklung	1348
c) Gesetzgebungskompetenz	1348
2. Infektionsschutz- und Tierseuchenrecht	1349
a) Infektionsschutzrecht	1349
b) Tierseuchenrecht	1359
3. Lebensmittelrecht	1361
a) Lebensmittelrecht im engeren Sinne	1362
b) Tabakerzeugnisrecht	1364
4. Arzneimittelrecht	1365
a) Herstellungs- und Vertriebsverbote	1366
b) Kennzeichnungspflichten	1366
c) Herstellung, Zulassung, Abgabe	1366
d) Befugnisse der konkreten Gefahrenabwehr	1366
III. Hilfeleistungsrecht (<i>Kniessel</i>)	1367
1. Regelungsbereiche, Rechtsnatur und gesetzliche Grundlagen	1367
a) Hilfeleistungsrecht als Oberbegriff	1367
b) Verhältnis zum allgemeinen Polizei- und Ordnungsrecht	1367
c) Gesetzliche Grundlagen	1368
2. Feuerwehrrecht	1369
a) Geschichte der Feuerwehr	1369

Inhaltsverzeichnis

b) Begriff, Rechtsnatur und Stellung der Feuerwehr	1370
c) Rechtsnatur und Dogmatik des Feuerwehrrechts	1371
d) Arten der Feuerwehr	1372
e) Aufgaben	1373
f) Befugnisse	1374
g) Pflichtige Personen	1376
h) Verhältnismäßigkeit und Ermessen	1377
i) Vollstreckung	1377
j) Kosten	1378
3. Rettungsdienstrecht	1378
a) Geschichte und Bedeutung	1378
b) Rechtsnatur des Rettungsdienstrechts und des Rettungsdienstes ..	1379
c) Organisation	1379
d) Aufgaben	1380
4. Katastrophenschutzrecht	1381
a) Geschichte und Bedeutung	1381
b) Verfassungsrechtliche Vorgaben	1381
c) Grundlagen	1382
d) Durchführung	1382
e) Eingriffsmaßnahmen und Befugnisse	1383
f) Zukunft des Katastrophenschutzrechts	1383
IV. Luftsicherheitsrecht (<i>Buchberger</i>)	1384
1. Einführung	1384
2. Aufgaben und Befugnisse der Luftsicherheitsbehörden	1387
a) Aufgaben	1387
b) Allgemeine Befugnisse	1387
c) Besondere Befugnisse	1388
d) Vollstreckung	1390
e) Flugverbote	1390
3. Zuverlässigkeitsüberprüfungen	1391
a) Personenkreis	1392
b) Zuverlässigkeitskriterien	1393
c) Verfahren	1395
d) Luftsicherheitsregister	1395
4. Eigensicherungsmaßnahmen von Flugplatzbetreibern und Luftfahrtunternehmen	1396
a) Eigensicherungsmaßnahmen der Flugplatzbetreiber	1396
b) Eigensicherungsmaßnahmen der Luftfahrtunternehmen	1397
c) Sicherheitsmaßnahmen der Beteiligten an der sicheren Lieferkette	1398
5. Aufgaben und Befugnisse verantwortlicher Luftfahrzeugführer und Sicherheitskräfte an Bord deutscher Luftfahrzeuge	1399
6. Militärische Unterstützung	1401
7. Zuständigkeiten	1403
a) Luftsicherheitsbehörden	1403
b) Beliehene	1405
8. Sonderproblem Drohnenabwehr in der Zivilluftfahrt	1405
V. Melde-, Pass- und Ausweisrecht (<i>Gamp</i>)	1407
1. Melderecht	1408
a) Einordnung	1408
b) Regelungsbereich und Regelungsziel	1408
c) Rechtsgrundlagen	1409
d) Einzelfragen	1410
e) Rechtsschutz	1419

Inhaltsverzeichnis

2. Pass- und Personalausweisrecht	1421
a) Einordnung	1421
b) Regelungsbereich und Regelungsziel	1421
c) Rechtsgrundlagen	1422
d) Einzelfragen	1424
e) Rechtsschutz	1437
VI. Straßenverkehrsrecht (<i>Gerster</i>)	1439
1. Grundlagen	1439
a) Historische Entwicklung	1440
b) Aktuelle normative Regelungen	1441
c) Abgrenzungen	1443
2. Zuständigkeiten	1447
a) Bundesbehörden	1447
b) Straßenverkehrsbehörden	1447
c) Polizei	1448
3. Aufgaben und Befugnisse	1448
a) Aufgaben	1448
b) Befugnisse	1448
VII. Öffentliches Vereinsrecht (<i>Marx</i>)	1450
1. Historischer Aufriss	1450
2. Rechtliche Grundlagen	1452
a) Verfassungsrechtliche Grundlagen	1452
b) Völkerrechtliche Grundlagen	1453
c) Unionsrechtliche Grundlagen	1454
d) Gesetzliche Grundlagen	1455
e) Verhältnis des öffentlichen Vereinsrechts zu anderen Gesetzen ..	1456
3. Vereinsbegriff	1456
a) Verein im Sinne des öffentlichen Rechts (§ 2 Abs. 1 VereinsG) ..	1456
b) Religions- und Weltanschauungsvereine	1457
c) Politische Parteien und Fraktionen	1458
d) Ausländerverein und ausländischer Verein	1459
4. Vereinsverbot	1460
a) Allgemeines	1460
b) Verbotstatbestände	1461
c) Vereinbarkeit des Vereinsverbotes mit Art. 11 EMRK	1468
d) Teilorganisation, Nebenorganisation und Ersatzorganisation	1468
e) Verbotswirkung	1469
5. Behördliche Zuständigkeiten	1470
a) Verbotsbehörde	1470
b) Vollzugsbehörde	1470
6. Rechtsschutz	1471
a) Rechtsschutz gegen Verbotsverfügungen	1471
b) Rechtsschutz gegen Vollzugsakte	1473
VIII. Waffenrecht (<i>Gerster</i>)	1473
1. Abgrenzungen und historische Entwicklungen	1473
a) Abgrenzungen	1473
b) Historische Entwicklungen	1474
2. Zuständigkeiten	1480
a) Sachliche Zuständigkeit	1480
b) Örtliche Zuständigkeit	1482
3. Begriffe und Regelungen des Waffengesetzes	1483
a) Gesetzesübersicht	1483
b) Wichtige Einzelfragen	1489

Inhaltsverzeichnis

4. Begriffe und Regelungen des Kriegswaffenkontrollgesetzes	1492
5. Begriffe und Regelungen des Sprengstoffgesetzes	1493
IX. IT-Sicherheitsrecht (<i>Golla</i>)	1494
1. Regelungsbereich, gesetzliche Grundlagen und Entwicklung	1495
2. Einrichtungen zum Schutz der IT-Sicherheit	1498
a) Einrichtungen des Bundes	1498
b) Weitere Gremien	1499
3. Polizei, Ordnungsbehörden und Nachrichtendienste: Zuständigkeiten und Befugnisse	1500
a) Sonderordnungsbehörden	1501
b) Polizeien und Nachrichtendienste	1505
X. Einsatz der Bundeswehr im Innern (<i>Weingärtner</i>)	1508
1. Der Auftrag der Bundeswehr	1509
2. Begriffsbestimmungen	1510
3. Historische Entwicklung	1511
4. Einsatztatbestände der Streitkräfte im Innern	1512
a) Einsatz zur Verteidigung	1513
b) Selbstschutz der Bundeswehr	1514
c) Befugnisse im äußeren Notstand	1515
d) Einsatz im inneren Notstand	1517
e) Einsatz im Katastrophennotstand	1519
f) Amtshilfe durch die Bundeswehr	1521
5. Einsatzszenarien	1522
a) Terroranschlag	1522
b) Insbesondere: RENEGADE-Fall	1523
c) Großveranstaltungen	1524
d) Cyberangriff	1526
6. Resümee	1527
J. Versammlungsrecht (<i>Kniesel/Poscher</i>)	1529
I. Historischer Aufriss	1535
II. Völker- und unionsrechtliche Vorgaben	1537
1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte	1537
2. Europäische Menschenrechtskonvention	1538
3. Unionsrecht	1539
III. Kompetenzen für das Versammlungswesen	1540
1. Gesetzgebungskompetenzen nach der Föderalismusreform	1540
a) Zuständigkeit der Länder	1541
b) Das Bundesversammlungsgesetz – Auslaufmodell oder bleibendes Provisorium?	1542
2. Die Polizeifestigkeit des Versammlungsrechts	1542
a) Keine abschließende Regelung nichtöffentlicher Versammlungen	1543
b) Grundsätzlich abschließende Regelung für öffentliche Versammlungen	1544
3. Verwaltung	1548
IV. Grundrechtlicher Schutz	1549
1. Versammlungsfreiheit	1549
a) Der Schutzbereich der Versammlungsfreiheit	1550
b) Eingriffe in den Grundrechtsschutz	1565
c) Schranken der Versammlungsfreiheit	1569
d) Grenzen staatlicher Eingriffsbefugnisse	1581
e) Abwehr-, Leistungs- und Verfahrensrechte, objektivrechtliche Funktion und institutionelle Garantie	1585

Inhaltsverzeichnis

2. Meinungsfreiheit	1586
3. Kunstfreiheit	1593
4. Glaubensfreiheit	1593
5. Arbeitskampffreiheit	1594
6. Vereinigungsfreiheit	1594
7. Parteienfreiheit	1595
8. Körperliche Bewegungsfreiheit	1595
9. Recht auf informationelle Selbstbestimmung	1596
10. Allgemeine Handlungsfreiheit und allgemeines Persönlichkeitsrecht	1596
11. Art. 19 Abs. 4 GG	1597
12. Konkurrenzen	1598
V. Vorgaben der Versammlungsgesetze	1599
1. Einfachgesetzliche Ausgestaltung der Versammlungsfreiheit	1599
2. Versammlungsbegriff und -formen	1601
a) Versammlungsbegriff	1601
b) Versammlungsformen	1602
3. Versammlungsbeteiligte	1602
a) Veranstalter	1603
b) Leiter	1604
c) Teilnehmer	1606
d) Kollisionen	1606
4. Zuordnungssubjekte	1608
5. Anmeldung	1608
a) Anmeldepflicht	1608
b) Anmeldeverfahren	1611
6. Kooperation	1615
a) Bedeutung	1615
b) Verfassungsrechtliche Grundlage	1615
c) Verfahrensrechtlicher Rahmen	1615
d) Inhalt und Umfang	1616
e) Phasen der Kooperation	1618
f) Folgen verweigerter Kooperation	1619
7. Verbote	1619
a) Allgemeines Störungsverbot	1620
b) Verbot des Waffentragens	1620
c) Uniformverbot	1621
d) Versammlungsverbot im Bannkreis	1623
e) Verbot von Passivbewaffnung und Vermummung	1623
8. Zuständigkeiten	1626
9. Befugnisse	1628
a) Systematik	1628
b) Rechte von Leiter und Ordnern	1633
c) Ordnungsrechte des Leiters	1633
d) Befugnisse von Versammlungsbehörde und Polizei	1634
K. Rechtsschutz	1657
I. Einleitung (<i>Buchberger</i>)	1658
1. Verfassungsrechtliche Garantie des Art. 19 Abs. 4 GG	1659
2. Allgemeiner Justizgewährungsanspruch	1660
3. Verfassungsrechtliche Verfahrensgarantien	1660
4. Einschränkungen des Rechtsschutzes	1661
5. Wirksamer Rechtsschutz durch vorläufigen Rechtsschutz	1662

Inhaltsverzeichnis

II. Rechtsschutz gegen polizeirechtliche Maßnahmen (<i>Buchberger</i>)	1663
1. Rechtsweg	1663
a) Sonderzuweisungen	1663
b) Privatrecht	1664
c) Doppelfunktionale Maßnahmen	1664
d) Rechtsweg bei der Strafverfolgungsvorsorge	1668
e) Rechtsweg bei Richtervorbehalten	1669
f) Rechtsweg bei erledigten Eingriffen	1670
2. Allgemeine Sachentscheidungsvoraussetzungen	1672
3. (Prozess)Gerichtliches Verfahren	1672
a) Rechtsschutz gegen belastende Verwaltungsakte	1673
b) Rechtsschutzbegehren auf polizeiliches Handeln	1691
c) Nachgehender Rechtsschutz	1696
d) Normenkontrollverfahren	1702
4. Rechtsmittel	1704
a) Berufungszulassung und Berufung	1704
b) Revisionszulassung und Revision	1707
c) Beschwerde	1710
5. Wirkung gerichtlicher Entscheidungen und Vollstreckung	1711
a) Wirkung gerichtlicher Entscheidungen	1711
b) Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen	1711
III. Rechtsschutz gegen strafprozessuale Eingriffe (<i>Frister</i>)	1712
1. Lückenhaftigkeit der gesetzlichen Regelung	1712
2. Antrag auf gerichtliche Entscheidung (§ 98 Abs. 2 S. 2–5 StPO)	1713
a) Anwendungsbereich der Regelung	1713
b) Zuständigkeit und Verfahren	1714
3. Beschwerde (§§ 304 ff. StPO)	1715
4. Besonderheiten bei verdeckten Ermittlungsmaßnahmen	1717
a) Benachrichtigungspflicht	1717
b) Rechtsbehelf des § 101 Abs. 7 S. 2–4 StPO	1719
L. Ausgleichs- und Ersatzansprüche des Bürgers und Haftung für Polizeikosten	1721
I. Ausgleichs- und Ersatzansprüche des Bürgers (<i>Rachor/Buchberger</i>)	1722
1. Vorbemerkung	1723
a) Rechtliche Grundlagen	1723
b) Geltungsbereich der polizeigesetzlichen Haftungstatbestände	1724
c) Anspruchsauslösendes Verhalten	1726
2. Haftungsbegründende Tatbestände bei rechtmäßigen Maßnahmen	1730
a) Ansprüche des Nichtverantwortlichen	1730
b) Ansprüche des Unbeteiligten	1731
c) Ansprüche des Störers	1732
d) Ansprüche des Anscheinsstörers	1733
e) Ansprüche des „Jedermann“	1735
f) Ansprüche des Polizeihelfers	1737
3. Haftungsbegründende Tatbestände bei rechtswidrigen Maßnahmen	1738
a) Polizeiliche Unrechtshaftung	1738
b) Amtshaftung	1740
4. Inhalt, Art und Umfang des Schadensausgleichs und des Schadensersatzes	1745
5. Haftungsbeschränkung, Haftungsausschluss, Vorteilsausgleichung	1749
6. Rechtsweg, Anspruchsgegner, Verjährung	1751

Inhaltsverzeichnis

7. Sonderregelungen, Konkurrenzen	1756
8. Exkurs: Ansprüche auf Folgenbeseitigung und Unterlassung	1757
II. Haftung für Polizeikosten (<i>Buchberger</i>)	1759
1. Allgemeine Grundsätze	1762
a) Einführung	1762
b) Inhaltliche Schranken der Abgeltung staatlicher Leistungen durch Sonderlasten	1764
c) Haftung für Polizeikosten bei Störemehrheit und bei Zustandsverantwortlichkeit	1772
d) Geltendmachung des polizeilichen Kostenerstattungsanspruchs ...	1778
2. Einzelfälle kostenpflichtiger polizeilicher Leistungen	1779
a) Kostenhaftung des Störers, des Anscheinstörers und bei Gefahrenverdacht	1779
b) Kostenhaftung bei privaten Großveranstaltungen	1785
c) Kostenhaftung im Zusammenhang mit Demonstrationen	1791
d) Kostenhaftung bei der Auflösung von Hausbesetzungen	1794
e) Kostenhaftung beim Abschleppen von Kraftfahrzeugen	1795
f) Kostenhaftung für Fehlalarm	1799
g) Luftsicherheitsgebühr und Eigensicherungskosten	1803
M. Europäische Rechtsgrundlagen und Institutionen des Polizeihandelns (<i>Aden</i>)	1809
I. Einführung	1812
II. Rechtsgrundlagen des europäisierten Polizeihandelns im Wandel	1820
1. Rechtliche Handlungsformen und Rechtsetzungsverfahren für die Polizei- und Justizzusammenarbeit	1820
2. Übereinkommen über die Polizeiliche Zusammenarbeit in der EU ..	1823
a) Schengener Durchführungsübereinkommen (SDÜ) und seine Integration in den EU-Rahmen	1823
b) Bilaterale Abkommen für die Zusammenarbeit und gemeinsame Zentren in den Grenzregionen	1826
c) Vertrag von Prüm und seine Integration in die EU	1828
3. Rechtshilfe in Strafsachen in Europa und Justizzusammenarbeit in der EU	1830
a) Grundlagen	1830
b) Europäischer Haftbefehl	1831
c) Europäische Ermittlungsanordnung und gegenseitige Anerkennung von Sicherstellungs- und Einziehungsentscheidungen	1836
d) EU-Mindeststandards zu Verfahrensgarantien im Strafverfahren ..	1837
III. EU-Agenturen und -Einrichtungen für die Polizei- und Justizzusammenarbeit	1838
1. Europol	1839
a) Rechtsgrundlagen: Vom völkerrechtlichen Vertrag zur EU- Verordnung	1839
b) Aufgaben und Zuständigkeiten von Europol	1840
c) Europol-Verwaltungsstruktur und Personal	1842
d) Nationale Stellen, Verbindungsbeamte	1843
e) Kooperation und Datenaustausch mit Drittstaaten, Internationalen Organisationen und Privaten	1844
f) Kontrolle und Datenschutz	1847
2. Eurojust	1849
a) Entstehungskontext und Rechtsgrundlage	1849

Inhaltsverzeichnis

b) Aufgaben und Zuständigkeiten	1851
c) Organisation und Arbeitsweise	1851
d) Datenverarbeitung, Datenschutz und Kontrolle	1852
3. Einrichtung der Europäischen Staatsanwaltschaft (EUStA)	1853
4. Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) ...	1856
5. eu-LISA	1858
6. Aus- und Fortbildungsagentur CEPOL	1859
7. ENISA	1859
IV. Zentralisierter und vernetzter Informationsaustausch	1860
1. Zentralisierte Datenbanken	1861
a) Schengener Informationssystem	1861
b) Europol-Datenbanken	1863
c) Zugriff von Sicherheitsbehörden auf weitere EU-Datenbanken für die Migrationsverwaltung: Eurodac und VIS	1865
d) Weitere Projekte mit zentralisierten Datenbeständen und Herstellung von Interoperabilität	1866
2. Zugriff auf polizeiliche Datenbanken anderer EU-Mitgliedstaaten ..	1867
3. Nicht-automatisierter Informationsaustausch zwischen Polizeibehörden in der EU	1869
4. Informationsaustausch im Rahmen der Justizzusammenarbeit	1874
V. Polizeiliche Unterstützung anderer EU-Staaten bei Ermittlungen und Fahndung jenseits des Informationsaustausches	1875
1. Rechtshilfe aufgrund Europäischer Ermittlungsanordnungen	1876
a) Zeugen- und Sachverständigenvernehmung per Video- oder Telefonkonferenz	1877
b) Telekommunikationsüberwachung	1877
c) Verdeckte Ermittlung	1878
d) Kontrollierte Lieferungen	1880
e) Bank-, Konto- und Finanzinformationen	1881
2. Fahndung nach Personen und Sachen im Schengen-Raum	1882
a) Personenfahndung zum Zwecke der Auslieferung oder Übergabe	1882
b) Ingewahrsamnahme von vermissten oder gefährlichen Personen .	1883
c) Sachfahndung zur Sicherstellung oder Beweissicherung in Strafverfahren	1884
d) Verdeckte oder gezielte Kontrolle von Personen oder Sachen	1885
VI. Polizeihandeln auf dem Hoheitsgebiet anderer EU-Staaten	1887
1. Ausübung von Hoheitsrechten auf dem Territorium anderer EU- und Schengen-Staaten	1887
a) Tätigwerden ausländischer Polizeibediensteter in Deutschland ...	1887
b) Tätigwerden deutscher Polizeibediensteter im Ausland	1888
2. Gemeinsame Einsatzformen	1888
a) Gemeinsame Streifen	1888
b) Unterstellung von Polizeibeamten eines anderen Mitgliedstaates .	1889
c) Grenzüberschreitende polizeiliche Nothilfe	1890
d) Unterstützung bei polizeilichen Großlagen	1890
3. Gemeinsame Ermittlungsgruppen	1891
a) Begriff und Rechtsgrundlagen	1891
b) Organisation und Befugnisse	1892
c) Verfahrensvorschriften des deutschen Rechts	1893
d) Beteiligung von Europol und Eurojust	1893
4. Grenzüberschreitende „Nacheile“	1894
5. Grenzüberschreitende Observation	1897

Inhaltsverzeichnis

VII. Polizeihandeln an den Schnittstellen zwischen innerer Sicherheit und EU-Außenpolitik	1899
1. Listung von Terrorverdächtigen	1900
2. Internationale Polizeimissionen	1901
VIII. Fazit und Ausblick	1903
Sachverzeichnis	1907


DIE FACHBUCHHANDLUNG